

RM Gumprich begrüßt diese Anregung und verteilt für die Fraktionen eine schriftliche Erläuterung und Ergänzung hinsichtlich weiterer Widerspruchs-Möglichkeiten gegen die Weitergabe der Adressdaten.

Bürgermeister Meisenberg verliest diese schriftliche Erläuterung.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass die Meldebehörde einmal jährlich die Daten der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im folgenden Jahr volljährig werden, übermittelt. Die Bürgerinnen und Bürger werden einmal jährlich im Amtsblatt Rundblick darauf hingewiesen, dass dieser Datenübermittlung schriftlich oder persönlich im BürgerService der Gemeinde Marienheide widersprochen werden kann.

RM Gumprich stellt den Antrag, die vorliegende Anregung des Bundestagsabgeordneten Neu dahingehend zu erweitern, dass Eltern und ihre Kinder vor Herausgabe der Daten schriftlich informiert werden.

Bürgermeister Meisenberg möchte zunächst über den weitergehenden Antrag gem. Beschlussvorlage abstimmen lassen, womit RM Gumprich einverstanden ist.

Der Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt. Da dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt wird, ist eine Abstimmung über den Antrag von RM Gumprich nicht mehr erforderlich.